



Bau einer Hochgeschwindigkeitstrasse in der spanischen Extremadura: Ohne Rücksicht durch Naturreservate

„Oft belogen und betrogen“

Geld aus Brüssel bedroht die letzten noch hellen Landschaften im südlichen Europa. Gegen jede ökologische Vernunft werden Autobahnen und Eisenbahntrassen,

Monokulturen, Staudämme und Industrieanlagen gefördert – wirtschaftliches Wachstum geht Eurokraten und nationalen Regierungen immer vor Umweltschutz.

Bauernaufstand im Norden Portugals: Berittene Polizisten prügeln auf die Dorfbewohner von Valpaços ein, die immer wieder versuchen, Eukalyptussprößlinge aus dem Boden zu reißen. In Quinta do Ermeiro marschiert Polizei auf, weil Bergbauern die schweren Planiermaschinen aufzuhalten suchen, mit denen Korkbäume- und Olivenhaine für den Eukalyptusanbau terrassiert werden sollen.

So wehrt sich im Trás-os-Montes die Landbevölkerung gegen die Segnungen einer europäischen Strukturpolitik, die den armen Regionen der Gemeinschaft Fortschritt und Wohlstand bringen soll. Tatsächlich aber bedroht die von der EG geförderte Monokultur des schnellwachsenden Eukalyptus die kärgliche Existenz der Bergbauern und füllt die Kassen von Waldbesitzern und Fabrikanten.

Der Baum, der nach nur siebenjährigem Wachstum in den Zellulosefabriken landet, wird von ihnen als Portugals „grünes Öl“ gepriesen. Für den ehemali-

gen Umweltstaatssekretär Carlos Pimenta bedeutet das exotische Gewächs mit seinen langen, silbrig glänzenden Blättern hingegen „das ökologische Unglück“ des Landes.

Ölbäume, Korkbäume und Kastanien werden abgeholzt, Weideflächen müssen den Pflanzungen weichen. Obst- und Gemüseanbau sind im Umland kaum noch möglich. Denn der durstige Eukalyptus laugt den Boden aus, beschleunigt die Bodenerosion. „Und das alles wird auch noch von der EG gefördert“, erregt sich Pimenta.

Bürgerprotest auch in Spanien, hier gegen den aus Brüsseler Kassen finanzierten Ausbau einer 45 Kilometer langen Autobahnstrecke, die San Sebastián und Pamplona miteinander verbinden soll und dabei den unberührten Naturpark Leizaran durchschneidet.

In Griechenland klagen Umweltschützer über die Zerstörung international anerkannter Naturreservate und Vogelschutzgebiete, wo Hilfgelder aus Brüs-

sel den Bau von Fischzuchtstationen und Staudämmen zur Energiegewinnung finanzieren. Mitten im „ökologisch sensiblen Teil“ des Nationalparks Prespa, so die Biologin Myrto Pyrovetsi von der Universität Saloniki, wurden die Gebäude und Becken für einen Betrieb zur Intensiv-Fischzucht errichtet.

Die Seenlandschaft im Dreiländereck Albanien, Griechenland und Jugoslawien, wo rund 250 verschiedene und 20 durch eine EG-Richtlinie besonders geschützte Vogelarten vorkamen, wurde durch diesen Eingriff tödlich getroffen: 60 000 Bäume ließ die Athener Regierung fällen, Dämme bauen, Wege asphaltieren und Bäche regulieren. Der offensichtliche Vorstoß gegen die EG-Vogelschutz-Richtlinie wurde aus dem Mittelmeer-Programm der Europäischen Gemeinschaft finanziert.

Für Tony Long vom World Wide Fund for Nature (WWF) bringt das Geld aus Brüssel viel Unheil für die letzten noch hellen Landschaften im südlichen

Europa. Beamte in der Kommission und in den nationalen Regierungen, die nur den wirtschaftlichen Anschluß an den EG-Binnenmarkt im Auge haben, handeln, so der Brite Long, nach dem Grundsatz „spoil the unspoiled Europe“ – „Verdirb das noch unverdorben Europa“.

Die Milliardensummen aus dem Regional-, Agrar- und Sozialfonds werden dort investiert, wo der Lebensstandard der Bewohner unter 75 Prozent des EG-Durchschnitts liegt. Oft sind es abgelegene Landschaften, die von Industrie und Tourismus bislang noch verschont blieben und wo – wie in der spanischen Extremadura – Wölfe und Luchse leben und Europas Kraniche überwintern.

Hier, nicht weit von Badajoz, soll jetzt aus EG-Mitteln ein künstlich bewässer-

Die Milliarden aus Brüssel dienen allein dem Ziel, das wirtschaftliche Wachstum in diesen unterentwickelten Regionen anzukurbeln. Das Geld beschert den Ländern einen Bauboom ohne Gleichen. Tiefe Wunden werden in die Landschaften gerissen, gewaltige Erdmassen verschoben.

Und ohne Rücksicht auf die ökologischen Folgen zerschneiden die Trassen für Hochgeschwindigkeitszüge – wie in der spanischen Sierra Morena oder den Montes de Toledo – die Naturreservate, werden Autobahnen – so wie bei Fátima in Mittelportugal – durch ein in Europa einzigartiges Grottengebiet geführt.

Durch die Milliardensummen, so glauben die Umweltverbände, würden die Länder überhaupt erst in die Lage versetzt, umweltschädliche Projekte zu



Erdbeerfelder in Spanien: Holland läßt grünen

tes Anbaugelände für Gemüse entstehen. Steineichen und Olivenbäume sollen abgeholzt, die weiten, mit Büschen bewachsenen Ebenen in riesige plastikbedeckte Gemüsegelände verwandelt werden, wie schon an der Mittelmeerküste bei Almeria. Holland läßt grünen.

Um den Südländern die Angst vor dem EG-Binnenmarkt zu nehmen und das Nord-Süd-Gefälle auszugleichen, wurden die Strukturfonds von den Regierungschefs aller Mitgliedsländer seit 1989 verdoppelt, also fließen die Mittel reichlich. Bis 1993 erhält Spanien 10,5 Milliarden Ecu (1 Ecu gleich 2,05 Mark), Portugal 7 Milliarden, Griechenland 6,7 Milliarden, mit denen sie ihr Schienen- und Straßennetz ausbauen, Landwirtschaft und Industrie entwickeln, Feuchtgebiete trockenlegen und Trockengebiete bewässern können.

fördern. Das geschieht nicht nur gegen alle Regeln der ökologischen Vernunft, sondern fast immer auch gegen geltendes EG-Recht: Die Umweltverträglichkeit der Großprojekte wird nicht geprüft, die betroffenen Bürger werden nicht angehört, umweltfreundliche Alternativen gar nicht erst erwogen. Denn so etwas, sagen die Verantwortlichen in Madrid, Lissabon und Athen, könne nur den Fortschritt verzögern.

Und jene, die in Brüssel das Geld für die Projekte bewilligen, waschen ihre Hände gern in Unschuld. Der britische Kommissar Bruce Millan: Nach den „Prinzipien von Subsidiarität und Partnerschaft“ seien „in erster Linie die Mitgliedstaaten sowie die regionalen und lokalen Behörden für die Umweltverträglichkeit und die entsprechende Planung“ verantwortlich. Aus diesem Grund halte

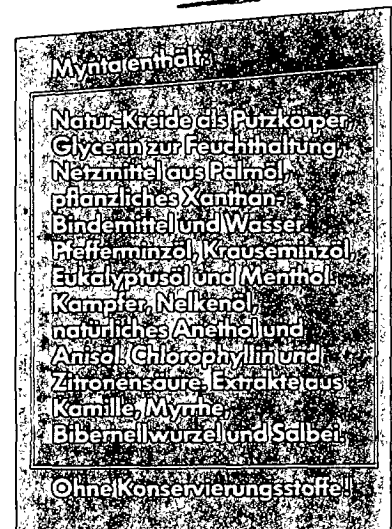
Öko-Test 6/89: empfehlenswert

Mynta: Zahnpflege aus Natur-Rohstoffen

Heute wissen wir mehr über uns, über unsere Gesundheit, über die Kraft der Natur. Heute können wir uns entscheiden. Heute gibt es Mynta. Die gesunderhaltende Wirkung von vielen Kräutermischungen ist Jahrhunderten bekannt. Naturkreide von hoher Reinheit und Netzmittel aus Palmöl dienen der sorgfältigen Entfernung des täglichen Zahnbelags, der Hauptursache von Zahn- und Zahnfleisch-erkrankungen. Alles weist eine zergemahlene Zahncremeleistung auf, kann also in Natur-Rohstoffen erreicht werden – auch die angenehme Mischung des Mundraumes durch die natürlichen Mynta-Öle.



Die grüne Mynta.
Wirksam und Gesund



Elida Gibbs GmbH, Hamburg



EG-Kommissar Millan: Ausweichende Antwort

er es auch nicht für sinnvoll, die Kommission mit mehr Personal auszustatten, um die Anwendung des EG-Umweltrechts beim Ausbau von Flughäfen, Schnellstraßen, Staudämmen und bei der Erschließung von Industriegelände zu kontrollieren.

Gerade zehn Tage Zeit hatten die Umweltbeamten in Brüssel, um die bis zu 500 Seiten umfassenden Entwicklungspläne Spaniens, Portugals und Griechenlands für die nächsten fünf Jahre auf mögliche Verstöße gegen Umweltgesetze zu überprüfen. Und wollen sie Genaueres über die ökologischen Folgen einer Autobahn- oder Schnellbahntrasse wissen, dann werden sie – so ein Beamter – „oft belogen und betrogen“.

In einem juristischen Gutachten der Kommission heißt es, bei der Aufdeckung von Umweltskandalen finde man in Madrid stets eine „hermetisch abgeschlossene“ Verwaltung vor, die ausweichende oder gar keine Antworten gebe.

Kommissionsbeamten wurde der Besuch der Lindan-Fabrik Inquinsa in der Region Aragón von der spanischen Regierung schlicht unter sagt. Die Delegation, von Umweltgruppen alarmiert, wollte vor Ort den Vorwürfen nachgehen, die Firma habe mit ihren Abfällen den Fluß Gállego verseucht und rund 100 000 Tonnen des giftigen Hexachlor-

cyclohexan (HCH) unter den normalen Müll gemischt oder ins Land gekippt. Das Auftreten der Beamten am Tatort, hatte Madrid erklärt, könnte „den öffentlichen Frieden stören“.

Auch in Portugal, so ein weiteres Kommissionsgutachten, fehle jedes Umweltbewußtsein. Die Umweltverschmutzung werde hingenommen wie „ein Akt höherer Gewalt“, dazu erschwere „die Unfähigkeit der Bürokratie“ jegliche Kooperation in diesem Bereich.

Während die spanische Regierung auf die Gründung eines Umweltministeriums verzichtete, um den wirtschaftlichen Aufschwung nicht zu bremsen, wurde das Ressort in Portugal an einen älteren Professor aus Porto vergeben, der seine Sache so unbeholfen und uninformativ vertritt, daß er im Parlament für Lachnummern sorgt.

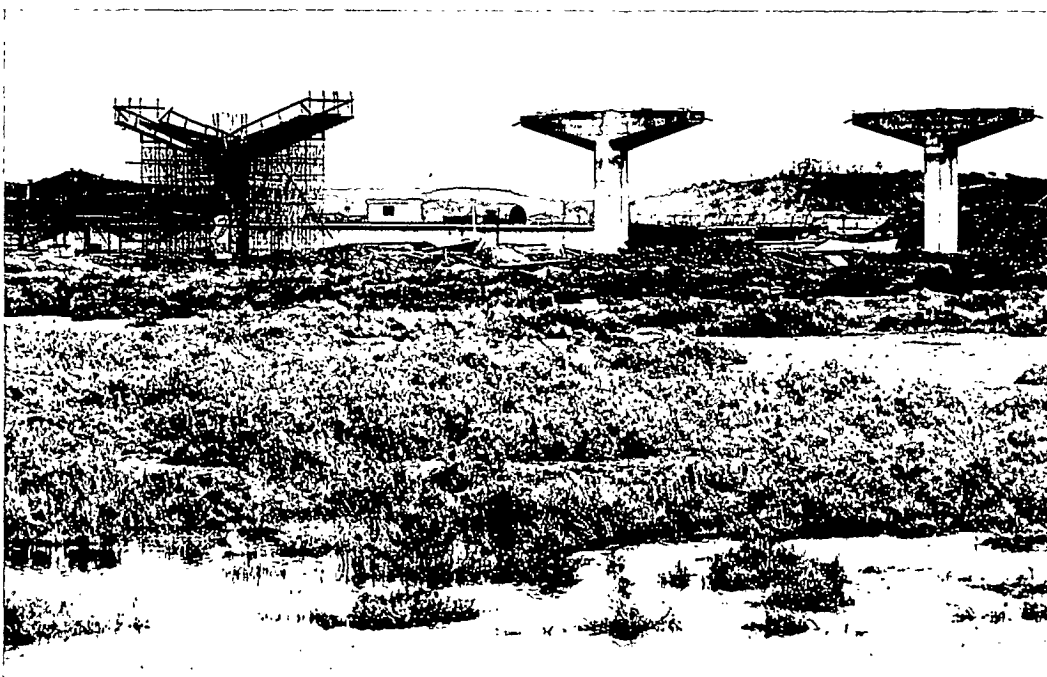
Nicht besser sieht es in Griechenland aus, wo zwar einige EG-Richtlinien zur Umwelt inzwischen in nationales Recht umgesetzt wurden, aber laut Kommissionsgutachten eine wirksame Anwendung der Gesetze „nahezu nicht existent“ ist. So wie die Spanier und Portugiesen wollen auch die Griechen ökologische Einwände gegen ihre Entwicklungspläne nicht gelten lassen.

Die Fischzucht-Station mitten im Nationalpark Prespa, behauptete beispielsweise Athen, wirke sich überhaupt nicht nachteilig auf Fauna und Flora des Feuchtgebiets aus. Ein Umweltschützer aus der Kommission: „Sollen wir vielleicht vor Ort das Verschwinden bestimmter Arten nachweisen?“

Und als die Generaldirektion Fischereipolitik, durch Fehler in der Vergangenheit endlich klug geworden, den Athenern die Finanzierung von sechs Fischzuchtstationen in dem unter internationalen Naturschutz stehenden Ambrakischen Golf verweigerte, wandte sich die griechische Regierung einfach an eine andere Abteilung in der Kommission – mit Erfolg. Die Generaldirektion Regionalpolitik stellte für das umweltschädliche Projekt „Mittel für produktive Investitionen auch im landwirtschaftlichen und Fischereibereich“ zur Verfügung.

Entscheidend für die Entwicklungsprojekte sind oftmals die Interessen lokaler Baulöwen oder überregionaler Baukonzerne. Und seit die Mittel aus Brüssel fließen, fährt so mancher Kleinstadt-Bürgermeister, der Aufträge für Kläranlagen und Straßenbau zu vergeben hat, einen Mercedes.

Oft ist der wirtschaftliche Aufschwung für die örtlichen Entscheidungsträger und Bauunternehmer schon erreicht, wenn Gelder reichlich an die örtliche Prominenz geflossen sind. Wie anders wäre die planmäßige Errichtung absurder Bauruinen aus EG-Mitteln zu erklären? Staudämme in den trockensten Regionen von Griechenland und auf der regenarmen portugiesischen Insel Porto Santo, wo das Wasser zur Elektrizitätsgewinnung niemals langt. Mit aller Macht ver-



Brückenbaustelle im Vogelschutzgebiet Castro Marim: Gelder aus Brüssel eingefroren

suchen die ärmeren Mitgliedsländer zu verhindern, daß ihnen die Kommission bei ihren Bauprojekten umweltpolitische Auflagen macht. Eine EG-Richtlinie zum Schutz der natürlichen Habitate wie Wattenmeere, Sümpfe oder Hochgebirgslandschaften verzögern die Südländer systematisch im Ministerrat.

Seit Juli 1988 wird bei Großbauprojekten rechtsverbindlich eine eingehende Prüfung der Umweltverträglichkeit verlangt. Die Südländer aber ignorieren die Vorschrift schlicht, die Geldgeber in der Kommission fordern ihre Beachtung fast niemals ein.

Werden die Empfängerländer entgegen aller Gewohnheit einmal angehalten, die ökologische Unschädlichkeit einer Strukturmaßnahme nachzuweisen, erklären sie das für eine unzulässige Einmischung in ihre Angelegenheiten.

Der britische Kommissar Millan hat jetzt erstmals ein Exempel statuiert. Er ließ 40 Millionen Ecu für den Ausbau einer Autobahn durch den Algarve blockieren, um die portugiesische Regierung zu zwingen, für die gesamte Ausbaustrecke eine Studie über die Umweltverträglichkeit zu präsentieren oder aber die Trasse zu verlegen.

Die „Via do Infante“, die rechtzeitig zur Weltausstellung 1992 Sevilla mit Lissabon verbinden soll, überquert bei Castro Marim ein Vogelschutzgebiet und führt bei Tavira mitten durch ein Wohnviertel, durch Äcker und Weinfelder. Bauern und Hausbesitzer wurden gegen ihren Willen enteignet.

Bei Castro Marim gehen derweil die Arbeiten weiter. Mitten im Vogelschutzgebiet des Guadiana-Deltas ragen schon die ersten Brückenpfeiler auf.

Zu einer umweltfreundlicheren Trasse will sich der portugiesische Verkehrsminister nicht zwingen lassen. Dann werde er den Weiterbau, so hat er kürzlich verkündet, eben aus eigenstaatlichen Mitteln finanzieren. Und das, ahnen die Brüsseler, sieht dann so aus: Lissabon wird ihnen statt der Via do Infante den Ausbauplan für 220 Kilometer Landstraße vorlegen und mit diesen EG-Mitteln dann im Algarve weiterbauen.

Da sämtliche Projekte den Mitgliedsländern global erstattet werden, können die Brüsseler Verwalter des portugiesischen Regionalfonds – Jahresbudget 590 Millionen Ecu – nicht überprüfen, welches Geld in welches Projekt fließt.

Auch Spanien wendet einen Großteil seiner Regionalbeihilfen für den Ausbau des Autobahnnetzes auf. Vergebens versuchen Umweltgruppen, die Bevölkerung gegen den staatlichen Bauwahn aufzustacheln. Doch für die Spanier symbolisieren Bagger und Planiermaschinen den lang ersehnten Fortschritt. Daß die breiten Trassen der Autobahnen, wenn sie quer durch Naturreservate führen, zu Todesfällen für die dort noch le-



Bauernprotest in Portugal: Vom Eukalyptus bedroht



Straßenbau in Griechenland: 60 000 Bäume gefällt

benden Hirsche, Rehe und Luchse werden, interessiert bislang nur eine kleine engagierte Minderheit von Ökologen.

Nicht wieder gutzumachende Schäden hat bereits der Bau der Strecke für den Hochgeschwindigkeitszug Madrid-Sevilla angerichtet: Entforstung, Erosion und Erdverschiebungen sind die Folgen. Das Gebiet der vom Aussterben bedrohten Luchse und Wölfe wurde noch weiter reduziert, die in Europa raren Kaiseradler und Schwarzstörche sind von ihren Nistplätzen vertrieben.

Für die Energiegewinnung werden gleichfalls umweltschädliche Projekte

aus dem Brüsseler Regionalfonds gefördert. Da legt sich etwa Griechenland in der Industriestadt Ptolemais, die schon heute wegen ihrer Luftverschmutzung die höchste Krebsrate des Landes hat, mit EG-Mitteln ein Kohlekraftwerk zu – ohne jeglichen Filter. Da wächst in einem der ältesten griechischen Naturparks, im Valia Kalda im Pindos-Gebirge, ein Staudamm hoch.

Und als im vergangenen Jahr der portugiesische Premierminister Cavaco Silva bei Bragança einen neuen Staudamm besichtigte, war auf einem Schild zu lesen, daß dieses Projekt aus dem Regio-

nalfonds der Gemeinschaft finanziert werde. Was die lokalen Honoratioren freilich verschwiegen: Der Staudamm, eines von vielen Hunderten geplanter Mini-Kraftwerke in Portugal, wurde, ohne Baugenehmigung durch die Generaldirektion für Naturreservate, im Naturpark von Montesinhos errichtet.

Unheil droht den letzten Paradiesen Südeuropas auch von der europäischen Landwirtschaftspolitik. Deren „ganze Philosophie“, so Carlos Pimenta, „ist auf die Massenproduktion ausgerichtet“. Riesige Schweineställe in den Korkeichen- und Olivenhainen rund um Porto de Mós verpesteten die Luft, und die Massentierhaltung bescherte den Portugiesen schon Hormonskandale.

In Andalusien zeigen sich die ersten Folgen der „Hollandisierung“ der Landwirtschaft. Im Nationalpark Coto de Doñana, einer der schönsten und tierreichsten Sumpf- und Sandlandschaften Europas, sinkt der Wasserpegel, weil die Genossenschaften für ihre Treibhäuser und Erdbeerplantagen unter Plastik immer mehr Wasser abzapfen.

In dem Maße, „wie Andalusien zum Kalifornien Europas wird“, heißt es im Umweltbericht der Kommission, „steigt das Potential für Versalzung, Düngemittel- und Pestizid-Vergiftung des Bodens an“. Mit EG-Hilfe sind die Spanier auf dem besten Wege dazu: Zwischen 1984 und 1987 stieg der Gemüseexport aus der Gegend um Huelva um 400 Prozent.

Zwar fehlt es im EG-Europa offiziell nicht an Lippenbekenntnissen zur Umwelt, aber die Praxis sieht dann ganz anders aus. Da erklären sich die Forstwissenschaftler der Gemeinschaft zur „ökologischen Schutzfunktion des Waldes“, der die „hydratischen Systeme, den Boden und Fauna und Flora zu schützen habe“. Aber um Europas unersättlichen Bedarf an Papier und Holz zu stillen, fördern sie in Portugal den Anbau einer Monokultur, die genau das Gegenteil bewirkt.

Rund um die harzigen Stämme des durstigen Eukalyptus, der bereits 500 000 Hektar des portugiesischen Bodens bedeckt, entsteht ein steriles Umfeld, wo weder Insekten noch Vögel zu finden sind.

Dennoch hat es an kräftiger Unterstützung für diesen schlimmsten Umweltschädling des kleinen Landes nicht gefehlt. Dafür sorgte der portugiesische Agrarminister Alvaro Barreto. Im Brüsseler Ministerrat tat er sich vor allem als Lobbyist für die Eukalyptus-Industrie hervor und machte Millionen für die Monokultur locker.

Inzwischen ist Alvaro Barreto wieder an seinen alten Arbeitsplatz zurückgekehrt. Er ist Präsident des größten portugiesischen Zellulose-Unternehmens Soporcel.

Japan

Bier und Badesalz

Die USA drängen auf Liberalisierung, Tokio sperrt sich: Kein Reiskorn darf nach Japan importiert werden.

Die Abgeordneten des Parlaments in Tokio machten sich tiefsinnige Gedanken über die Identität der Nation – und landeten beim Reis.

Das zwar nahrhafte, doch geschmacklich eher fade Getreide, befanden die Parlamentarier in einer Mehrheitsresolution, sei ein „bedeutender Teil der japanischen Kultur“ und als solcher „helf-

seinem Kabinettschef Toshiki Kaifu öffentlich gerügt – und verlor nach der Wahl prompt seinen Posten.

Landwirtschaftsminister Michihiko Kano zeigte sich umso treuer: Reis-Autarkie sei für Japan eine Frage der „nationalen Sicherheit“.

Und es bleibt nicht bei körnigen Sprüchen. Im März beteiligten sich die USA an der „Foodex“, einer Lebensmittelmesse in Chiba bei Tokio, mit 75 landwirtschaftlichen Produkten. Unter den – unverkäuflichen – Exponaten lagen sechs Reisproben aus, Gesamtgewicht zehn Kilo, die „nur einen Eindruck geben sollten von der Vielfalt amerikanischer Reissorten“, wie ein Sprecher der Aussteller meinte.

Das Amt für Ernährung der Tokioter Regierung schritt jedoch sogleich ein und verbannte den Reis aus „Beikoku“,



Schulkinder bei Reisspeisung: Abschied vom Sandwich

reich, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu bewahren und zu fördern“. Solche Kultur ist schützenswert.

Doch nicht jedes Korn geht als Kulturgut durch – es muß schon einheimisches „Japonica-Rundkorn“ sein. Einem gängigen Vorurteil zufolge schmeckt Fremdreis nicht – obgleich das kaum ein Japaner wissen kann, da die wenigsten ihn je gegessen haben. Denn Reis zu importieren ist strikt verboten.

Kandidaten aller Parteien versprachen vor der Parlamentswahl im Februar, sich dafür einzusetzen, daß „nicht ein einziges Reiskorn eingeführt“ werde. Das ist auch die vorgegebene Regierungslinie.

Lediglich Außenhandelsminister Hikaru Matsunaga meldete Zweifel an. Die Politik der totalen Reis-Abschottung, meinte er, sei „für den Rest der Welt nicht überzeugend“. Für den unbotmäßigen Gedanken wurde der Minister von

dem Reisland, wie die USA auf japanisch heißen, von der Messe. Seine Zurschaustellung verstoße gegen das Lebensmittelkontrollgesetz.

US-Landwirtschaftsminister Clayton Yeutter fand den Eklat von Chiba gar nicht komisch: „Man muß sich fragen, wie ernst es ein Land mit dem freien Handel nimmt, wenn man nicht einmal eine Lebensmittelprobe zeigen darf.“

Die USA, nach Thailand weltgrößter Reis-Exporteur, drängen Japan seit gut vier Jahren, seinen Markt zu öffnen. Doch die Regierung in Tokio widersetzt sich standhaft – mit dem Argument, insgesamt den japanischen Agrarmarkt schon weiter geöffnet zu haben, als dies dem Land eigentlich gut tue.

Tatsächlich liegt Japans Selbstversorgungsrate an Nahrungsmitteln niedriger als bei jedem anderen Industriestaat – 51 Prozent werden im Ausland gekauft;